Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 20 Pfg., bei lokalen Anzeigen 15 Pfg., Reklamezeile 60 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Schulte, Kamen

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim" (Während der Kriegeszeit nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung, G. m. b. H., in Kamen, Westfalen. Fernspr. Nr. 1

Nr. 25 — Donnerstag, den 30. Januar 1919 — 47. Jahrgang

Westfalen u. Rheinland.

Die Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern.

Kamen, 30. Jan. Mit dem 24. Januar ist die Verordnung des Reichsamts für wirtschaftliche Demobilmachung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung in Kraft getreten.

Danach sind Betriebsunternehmer und Bureauinhaber einschließlich der Körperschaften des öffentlichen Rechts verpflichtet, alle Kriegsteilnehmer und reichsdeutschen Zivilinternierten, die bei Ausbruch des Krieges bei ihnen als Angestellte beschäftigt waren, wiedereinzustellen. Die Wiedereinstellungspflicht erlischt, wenn die Angestellten sich nicht binnen zweier Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung zur sofortigen Wiederaufnahme ihrer früheren Tätigkeit bei ihren ehemaligen Arbeitgebern melden. Die Wiedereingestellten sollen tunlichst in gleicher Weise beschäftigt werden wie vor dem Kriege. Sie haben Anspruch auf eine Vergütung, die derjenigen entspricht, die den Daheimgebliebenen gewährt wird. Außerdem sind die Arbeitgeber verpflichtet, die gegenwärtig bei ihnen Angestellten weiter zu beschäftigen, soweit diese auf Erwerb angewiesen und nicht während des Krieges von einem anderen Orte zugezogen sind, es sei denn, daß sie eine ihrer Vorbildung entsprechende Anstellung an diesem Orte oder in dessen Umgebung nicht erlangen können. Diesen Angestellten darf erst zum 28. Februar 1919 gekündigt werden. Falls einem Angestellten seit dem 1. November 1918 zum 31. Dezember 1918 oder zu einem späteren Zeitpunkt bis zum 28. Februar 1919 einschließlich gekündigt worden ist, ist die Kündigung unwirksam, wenn ihre Aufhebung innerhalb zweier Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung von dem Angestellten bei dem Arbeitgeber verlangt wird. Dieses Recht steht ihm nicht zu, wenn seine Weiterbeschäftigung mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Betriebes abgelehnt werden darf oder die Kündigung auf Anordnung der Demobilmachungsorgane oder im Einverständnis mit dem zuständigen Angestelltenausschuß erfolgt. Eine Pflicht zur Wiedereinstellung oder Weiterbeschäftigung von Angestellten besteht nicht, soweit ihre Durchführung dem Arbeitgeber infolge der besonderen Verhältnisse des Betriebes ganz oder zum Teil unmöglich ist. Hierüber ist im Benehmen mit dem Angestelltenausschuß zu bestimmen. Die Demobilmachungsausschüsse sind befugt, Unternehmer solcher Betriebe und Inhaber solcher Bureaus, die erst während des Krieges entstanden oder wesentlich vergrößert worden sind, zur Einstellung einer bestimmten Mindestzahl von Kriegsteilnehmern als Angestellte zu verpflichten, vorausgesetzt, daß die Durchführung dieser Verpflichtung dem Arbeitgeber möglich ist. Bei Streitigkeiten ist der Schlichtungsausschuß zuständig. Falls eine der Parteien sich dem Schiedsspruch nicht unterwirft, kann der Demobilmachungskommissar ihn für verbindlich erklären.

*

Kamen, 30. Jan. **(Verschiedenes.)** Um unnötige Preissteigerungen zu verhüten, ist durch Bundesratsverordnung vom 24. Juni 1916 der Kettenhandel (das gewinnsüchtige Weiterverkaufen einer Ware von einem Händler an den andern, ohne daß die Ware dadurch dem Verbraucher näher kommt), verboten worden. Ein solcher Vertrag kann dann auch auf Grund der §§ 134, 138 (Nichtigkeit eines Rechtsgeschäfts wegen Verstoßes gegen ein Gesetzesverbot und Verstoß gegen die guten Sitten) für nichtig erklärt werden. Ob ein unter den Kettenhandel fallendes Kaufgeschäft vorliegt, hängt aber viel von den einzelnen Begleitumständen des Falles ab. Lehrreich ist in dieser Beziehung eine Entscheidung des Reichsgerichts, die die Anwendung des Begriffs eines Kettenhandels für den ersten Käufer verneint, wenn ein Kommissionsgeschäft beabsichtigt war, die weiteren Käufer aus dem Geschäft jedoch einen Kettenhandel gemacht haben.

Das endgültige Ergebnis der Preußenwahlen in der Stadt Kamen stellt sich wie folgt: Sozialdemokratie 2305 (2820), Zentrum 739 (707), Deutsche und Deutschnationale Volkspartei 603 (630), Deutsche demokratische Partei 806 (825), Unabhängige Sozialdemokratie 6 (5) Stimmen, zusammen 4759 (4987). Die eingeklammerten Zahlen sind das Wahlergebnis vom 19. Januar.

(Freigabe des Handels mit Dörrobst.) Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat sich zur Freigabe des Handels mit Dörrobst in der Hoffnung entschlossen, daß es dem reellen Handel am besten selbst gelingen wird, den in der letzten Zeit besonders bemerkbar gewordenen unlauteren Schleichhandel mit dieser Ware zu überwinden. Auch von Höchstpreisfestsetzungen für Dörrobst glaubt die Reichsstelle Abstand nehmen zu können. Sie weist aber darauf hin, daß die Vorschriften der Bundesratsverordnung gegen Preistreiberei noch in Geltung und zur Bekämpfung wucherischer Preise für Dörrobst ausreichend sind.

Die Lebensmittelregelung ist die wichtigste von allen Tagesfragen. Was sonst geschehen soll, läuft nicht fort, aber stehen wir eines Tages vor leeren Tischen und Tellern, fehlt auch die Kraft zur Arbeit. Die Schwierigkeiten sind groß, aber um so kraftvoller und schneller muß an ihre Beseitigung herangetreten werden, wie es die Reichs-Regierung auch in ihrem November-Programm in Aussicht nahm. Auf Amerika und das sonstige Ausland allein können wir uns für die Dauer nicht verlassen. Die Bedingungen dafür sind zu hart, die Preise zu hoch, die Mengen auch nicht hinreichend. Weitere Anbauflächen müssen vorbereitet, Arbeitskräfte verpflichtet werden. Die Landarbeit ist die Unterstützung der Erwerbslosen. Im März kann die Arbeit beginnen, es ist also nicht mehr lange hin. Die Einfuhr von Fischen muß sofort in Angriff genommen und, was an Hemmnissen besteht, aus dem Wege geräumt werden. Das ist, mag es auch noch so sehr umständlich sein, leichter als Sozialisieren. Und auch in Staatsbetrieben wollen die Arbeiter essen. Der hohe Lohn nützt nichts, wenn er für Lebensmittel draufgeht, und diese selbst für Geld nicht mehr zu erhalten sind.

(Für die deutschen Kriegsgefangenen.) Hierselbst wird für Kamen und Umgegend in allernächster Zeit eine Gruppe des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen gegründet. In einer Versammlung, die hier möglichst bald stattfinden wird, sollen Zweck und Ziel des Volksbundes näher erklärt werden. Es handelt sich hauptsächlich darum, möglichst zahlreich den Notschrei über die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen in Feindesland zu erheben, um dadurch einen Druck auf die feindlichen Regierungen und Völker auszuüben. In der Kriegsschreibstube bei Herrn W. Kümper, Bahnhofstraße, liegt eine Liste zum Einschreiben, besonders der Angehörigen von Kriegsgefangenen, auf. Die Kriegsschreibstube ist mit Ausnahme des Samstags an allen Wochentagen von 9—12 Uhr geöffnet.

(Auguste Viktoria-Schule, Kamen.) Wie tief der Krieg in das Familienleben unserer Schüler eingegriffen, wie schwere Opfer er gefordert, aber auch wieviel Heldentum er gezeitigt, mögen folgende Zahlen aus unserer Kriegschronik beleuchten. Eingezogen zum Kriegsdienst waren 201 Väter, 183 Brüder. Davon fielen in der Schlacht 16 Väter, 21 Brüder; in der Gefangenschaft starben 2 Väter, im Lazarett 1 Vater, 3 Brüder. Von den 384 Kriegern starben also 43 den Heldentod für das Vaterland. — In Gefangenschaft befinden sich noch 3 Väter, 15 Brüder; vermißt sind noch 2 Brüder. — Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse wurden ausgezeichnet 1 Vater, 6 Brüder; mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse 41 Väter, 58 Brüder; mit dem Lippeschen Verdienstkreuz 1 Bruder; mit der Hessischen Tapferkeitsmedaille 1 Bruder. — Von den Lehrern waren 5 zum Kriegsdienst einberufen. Herr Scheele und Herr Demel fielen im Kampfe für das Vaterland; Herr Weber befindet sich noch in englischer Gefangenschaft.

Bei den Unteroffiziervorschulen können zum 15. April 1919 noch eine Anzahl junger Leute der Jahrgänge 1903 und 1904 eingestellt werden, jedoch unter Vorbehalt, daß, sofern die Anstalten in dem bisherigen Umfange später nicht bestehen bleiben, die Zöglinge pp. ohne Versorgungsansprüche zur Entlassung kommen. Meldungen zum Eintritt können auf dem Bezirkskommando Soest — Zimmer 18 — erfolgen.

(Rückgabe in Belgien und Frankreich beschlagnahmter Betriebseinrichtungen.) Die in der Bekanntmachung des Präsidenten der Reichsentschädigungskommission vom 17. Januar 1919 vorgesehene Art der Anmeldung wird wegen neuerdings von der Entente aufgestellter Forderungen in den nächsten Tagen anders geregelt werden. Von Anmeldungen ist deshalb bis zu dieser Regelung, die durch weitere Bekanntmachung mitgeteilt werden wird, abzusehen.

Dortmund, 29. Jan. **(Schwurgericht.)** Unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektors Geheimrat Theilkuhl begannen gestern die Verhandlungen der ersten Schwurgerichtstagung für 1919. Die Sitzungen werden bis einschließlich Mittwoch nächster Woche dauern.

Zur Verhandlung stand eine Anklage wegen vorsätzlicher Brandstiftung bezw Anstiftung zu diesem Verbrechen. Die Sache stand schon vor dem vorigen Schwurgericht an, sie mußte aber vertagt werden, da Zeugen ausgeblieben waren. Die Anklage richtete sich gegen den Landwirtschaftsgehülfen Jakob Opfer und den Landwirt Franz Steinau aus Hilbeck im Kreise Hamm, von denen der erstere wegen Verübung des Verbrechens der Brandstiftung letzterer wegen Anstiftung hierzu angeklagt waren. Gestern erschien Steinau allein auf der Anklagebank, Opfer ist nämlich vor kurzem gestorben. Der Brand ist am 21. April 1912, einem Sonntage, erfolgt. Am 23. April sollte das Wohnhaus abgebrochen werden, da ein Neubau beabsichtigt war. Der Steinausche Hof war damals noch auf den Namen der Mutter des Angeklagten eingetragen. Die Sache ist erst im vorigen Jahre zur Anzeige gelangt und zwar durch den Gendarmen Jonas, dem gegenüber Opfer sich als Täter bezeichnet hat. Bei seiner gerichtlichen Vernehmung hat Opfer eingestanden, daß er das Gebäude angezündet habe und zwar auf Anstiftung des Angeklagten Steinau, der ihm wiederholt vorgeredet habe, er möge doch das Haus anzünden, damit er die Versicherungssumme erhalte. Opfer gab weiter an, er sei zu jener Zeit dem Trunke ergeben gewesen und habe die Tat in halbtrunkenem Zustande ausgeführt. Am 20. April habe ihm Steinau gesagt, es sei nun die allerhöchste Zeit, warm abzubrechen, denn am Montag komme der Zimmermann. Er könne das ruhig tun, ein Verdacht werde ihn nicht treffen; er — der Angeklagte — wolle am folgenden Morgen verreisen. Opfer hat weiter angegeben, er habe ob der Tat Gewissensbisse verspürt und habe beabsichtigt, sich freiwillig dem Gericht zu stellen, doch sei das immer hinausgeschoben worden. Nicht nur der Angeklagte, sondern auch dessen damalige Braut habe ihm zugeredet, warm abzubrechen. Nachdem er das getan und die Braut kurz darauf seine Dienstherrin geworden sei, habe sie ihn schlecht behandelt. Opfer war schon seit dem Jahre 1874 auf jenem Hofe tätig, es war zu seinen Gunsten eine Leibzucht auf dem Hofe eingetragen; er hatte also gar keinen Vorteil durch den warmen Abbruch des Wohnhauses. Der Angeklagte Steinau stellt heute jede Schuld in Abrede. Er habe an jenem Tage in aller Frühe eines Dienstmädchens halber nach Hörde fahren müssen; als er nachmittags zurückgekehrt sei, wäre nicht nur das Wohnhaus, sondern auch das Viehhaus und das Nebengebäude abgebrannt. Es wird dem Angeklagten vorgehalten, daß er noch im Februar 1912 den Antrag auf Erhöhung der Versicherungssumme gestellt hat, welchem Antrage im März Folge gegeben ist. Die Versicherungssumme war für die Gebäude auf insgesamt 13 000 Mark erhöht worden. Die Westfälische Provinzial-Feuersozietät hat aber nicht die höhere Versicherungssumme gezahlt, weshalb der Angeklagte im Wege der Klage gegen die Sozietät vorging; er ist aber in allen Instanzen abgewiesen worden. Der Angeklagte bemerkt, er habe deshalb die Gebäude höher versichern lassen, weil zwei vom Hofe gewiesene Leute mit Brandstiftung gedroht hätten. Mehreren Zeugen gegenüber hat Opfer erklärt, er habe das Haus angezündet; doch hat ihn angeblich keiner gefragt, weshalb er das getan habe. Auch dem Gendarmen Jonas gegenüber hat der Angeklagte nur gesagt, er werde jetzt auf dem Hofe schlecht behandelt. Wie der Amtmann des Amtes Rhynern bekundete, hat seinerzeit der nun verstorbene Opfer die Herrschaft auf dem Hofe ausgeübt; das Wohnhaus ist noch nicht wiederaufgebaut, die Familie Steinhaus wohnt in dem alten Backhause. Es sei damals die Meinung verbreitet gewesen, Steinau könne nicht neu bauen, da der Hof sonst zu sehr belastet werde. Es sind 56 000 Mark eingetragen, der Hof umfaßt etwa 114 Morgen. Der Amtmann bekundete noch, er habe den Opfer für einen ganz raffinierten Menschen gehalten; daß er auch ein verlogener Mensch sei, das kann der Angeklagte nicht sagen. Ein Bruder des Angeklagten, Eberhard Steinau, zwischen denen kein freundschaftliches Verhältnis besteht, verweigerte die Aussage.

Herr Staatsanwalt Huppelsberg beantragte nach Schluß der Beweisaufnahme das Schuldig. Der Verteidiger, Herr Rechtsanwalt Frackmann, ist für Nichtschuldig, da auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht sei. Die Herren Geschworenen verneinten die Schuldfrage, weshalb der Angeklagte freigesprochen wurde.

Selm, 29. Jan. **Sechs Schulkinder** aus der Kolonie liefen auf dem in der Nähe des Gutshofs Spinn-Ewert belegenen sogenannten Biehteich Schlittschuhe. Plötzlich gab die dünne Eisdecke nach und alle sechs Kinder sanken in die Tiefe. Auf ihr Geschrei eilten sofort mehrere in der Nähe arbeitende Männer herbei, die fünf der Kinder noch lebend ans Ufer bringen konnten, während das sechste der Schulkinder, Heinrich Wilhelm, nur als Leiche geborgen werden konnte.

Detmold, 29. Jan. **Als ein gemeingefährlicher Lebensmittelschieber** erster Ordnung stand der erst 22jährige Händler Wienecke von Lemgo vor der Strafkammer. Er hatte sich verleiten lassen, von einer neunköpfigen Einbrecherbande, die es hauptsächlich auf das Stehlen von Treibriemen und Beraubung der mit Lebensmitteln beladenen Eisenbahnwagen abgesehen hatte und deren Führer im Untersuchungsgefängnis durch Selbstmord endete, die gestohlenen Lebensmittel zu kaufen, trotzdem er deren dunkle Herkunft kannte. Er hatte dabei natürlich einen schwindelhaften Verdienst erzielt. Die Strafkammer verurteilte ihn wegen gewohnheits- und gewerbsmäßiger Hehlerei zu 1 Jahr Zuchthaus und erkannte ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre ab.

Wesel, 30. Jan. **Ein Transport** von 485 Zivilgefangenen, von der Insel Mau in England kommend, ist hier eingetroffen. Ein weiterer Transport von 500 Personen ist von Amsterdam gemeldet. Zur Aufnahme und Verpflegung sind die nötigen Vorkehrungen getroffen.

Düsseldorf, 29. Januar. Oberbürgermeister Dr. Oehler ist aus der Schutzhaft entlassen und wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Vom Vollzugsausschuß des A.-R. ist ihm mitgeteilt worden, daß er sich vollständig frei bewegen könne. Er erklärte, daß er zunächst nicht nach Düsseldorf oder Oberkassel zurückkehren, sondern Verwandte in Halle an der Saale aufsuchen wolle. Herr Dr. Oehler ist aus Mülheim-Ruhr, wo er zuletzt in Schutzhaft war, bereits abgereist.

Düsseldorf, 29. Jan. **(Die Magd als Verbrecherin.)** Die Dienstmagd Brosch hatte bemerkt, daß ihr Dienstherr eines Abends einen größeren Geldbetrag bei sich trug. Nachts schlich sie sich in das Schlafzimmer ihrer Herrschaft, nahm aus dem Rock des Mannes die Brieftasche und öffnete dann die Gashähne. Zufällig erwachte jedoch der Dienstherr nach einiger Zeit und konnte die Gefahr beseitigen. Das Schwurgericht verhängte über die Dienstmagd eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten.

Köln, 30. Jan. **Als ein Zeichen der Zeit** darf die wachsende Zahl der Heiratsgesuche angesehen werden, die man neuerdings in der Presse findet. Eine Höchstleistung in dieser Art dürfte eine hiesige Zeitung aufgestellt haben. Fast eine ganze Seite füllen hier die Heiratsanzeigen, denn nicht weniger als 118 Männlein und Weiblein versuchen auf diesem nach dieser Zeitung sicherlich nicht mehr ungewöhnlichen Wege das zu einer Ehe passende Gegenstück zu erhalten. Die Suchenden rekrutieren sich aus allen Klassen der Bevölkerung, aus allen Berufsständen und aus allen heiratsfähigen Lebensaltern; ein Beweis für das Einsamkeitsgefühl oder auch die Freude am Wiederaufbau des Daseins und seiner Vorbedingungen mag aus diesem Anzeigenteil eines einzigen Blattes zu uns sprechen.

Stimmen aus dem Publikum.

(Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 30. Jan. **(Die Kartoffel-Ausgabe am Ringofen.)** In Nr. 18 der Ausgabe vom 22. d. M. beschwert sich der Gärtner Herr Gustav Westerich über angeblich grobe Mängel bei der Kartoffelversorgung am Sonnabend, den 18. d. M., insbesondere darüber, daß er bezw. die anderen Leute auf die Abfertigung sehr lange haben warten müssen. Abgesehen davon, daß der Inspirator des Eingesandt sehr nahe verwandt zu sein scheint mit dem in derselben Angelegenheit bereits einmal aufgetretenen Einsender, haben wir bezw. die mit der Versorgung betrauten beiden Herren an der kritisierten Abwickelung des Ausgabegeschäfts keinerlei Schuld. Der Andrang entstand in der Hauptsache dadurch, daß sehr viele Familien bei der straßenweisen Belieferung wohl Gutscheine gelöst, ihre Kartoffeln aber nicht abgeholt hatten und nun an den beiden letzten Tagen der Ausgabe zum Ringofen gingen, um die rückständigen Mengen in Empfang zu nehmen; sie meinten, die städtischen Vorräte würden vergriffen und sie kämen um ihre Kartoffeln. Dadurch wurde die vorgesehene flotte Abfertigung über den Haufen geworfen und ein längeres Warten war unvermeidlich. — Die kleinen Kinder des Einsenders begingen außerdem insofern den Fehler, als sie sich unbefugt in die falsche Reihe stellten und zurückgewiesen werden mußten. Inzwischen war der Einsender selbst an Ort und Stelle erschienen. Die Unvernunft und die Außerachtlassung jeglicher Rücksichtnahme auf die anderen Empfänger zeigt sich nirgends mehr als bei der Kartoffelausgabe, indem zerrissene, zu kleine, zu wenige Säcke oder ungeeignete Körbe usw. mitgebracht werden, wodurch die Ausgabe erheblich verzögert wird. So trat auch Herr Westerich nur mit einem Drahtkörbchen an, das etwa 80 Pfund Kartoffeln faßte und wollte darin 13 Zentner Kartoffeln empfangen. Mit diesem Körbchen sollte nun 17mal zum Ofen gefahren werden. Daß die anderen wartenden Empfänger dagegen mit Recht energisch protestierten, war durchaus verständlich. Sein Ansinnen mußte daher abgewiesen werden, was von den andern Empfängern mit heller Freude begrüßt wurde. Jetzt fiel der Einsender über den auswiegenden alten Herrn mit ungehörigen Redensarten her, deren Schluß immer wieder der Satz bildete: „Gebt die Kartoffeln den Händlern!" Daß die Verbraucher aber auch bei den Händlern stundenlang warten müssen, beweisen die gewiß gut organisierten Ausgaben in den Großstädten. Hätte Herr Westerich seine Kartoffeln abgeholt, als die Bahnhofstraße beliefert wurde, dann wäre ihm das unliebsame Vorkommnis ganz gewiß erspart geblieben. Wir geben uns alle erdenkliche Mühe, die Kartoffelausgabe so gut wie möglich zu regeln, aber recht zu machen jedermann ist eine Kunst, die niemand kann. — Zum Schluß möchten wir noch die mit der Ausgabe betrauten beiden Herren gegen Anfeindungen verschiedener Leute in Schutz nehmen. Sie haben jahrelang ihre ganze Kraft für die Allgemeinheit eingesetzt, pflichttreu und gewissenhaft bei Sturmwind, Frost und Regenwetter ihres gewiß nicht leichten Amtes gewaltet und somit alle Rücksichtnahme seitens der Geehrten verdient. — Auf eine weitere Zeitungspolemik mit Herrn Westerich gehen wir nicht ein.

Die Ortsbehörde:
Baumgartner, Stadtrat

Der Ausfall der Preußenwahl.

(W) Das Endresultat aus den Wahlen zur preußischen Landesversammlung liegt nach einer nichtamtlichen Meldung nunmehr vor. Lediglich das Ergebnis aus dem 8. Wahlkreis (Posen) mit 21 Mandaten fehlt noch und konnte bisher nicht beschafft werden, da jede Verbindung mit der Posener Wolff-Agentur gestört ist. Von 401 Mandaten entfallen auf

die sozialdemokratische Partei	142 Mandate
das Zentrum	87 Mandate
die Deutsch-demokr. Partei	61 Mandate
die Deutsch-nat. Volkspartei	41 Mandate
die Unabhängigen	24 Mandate
die Deutsche Volkspartei	18 Mandate

Außerdem haben erhalten die Schleswig-Holsteinischen Bauern- und Landarbeiterdemokraten im 14. Wahlkreis (Schleswig-Holstein) 1 Sitz, die Welfen im 15. Wahlkreis (Aurich-Stade-Osnabrück) 2 Sitze und im 16. Wahlkreis (Hannover-Hildesheim-Lüneburg) 4 Sitze.

Im früheren preußischen Abgeordnetenhause hatten die Konservativen 148, das Zentrum 103, die Nationalliberalen 73, die Freikonservativen 54, die Fortschrittler 40, Polen 12, Sozialdemokraten 10, Wilde 3 Sitze.

*

Der Gesetzentwurf über die vorläufige Reichsgewalt.

(W) Um den Indiskretionen ein Ende zu machen, veröffentlicht die Reichsregierung den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt, dessen Beratung jedoch noch nicht beendet ist. Der Entwurf lautet:

§ 1. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2. Die Einbringung von Vorlagen in die Nationalversammlung bedarf unbeschadet des Absatzes 4 der Zustimmung des Staatenausschusses. In dem Staatenausschuß hat jeder deutsche Freistaat mindestens 1 Stimme. Auf die großen Freistaaten entfallen grundsätzlich auf 1 Million Landeseinwohner 1 Stimme wobei der Ueberschuß, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaates gleichkommt, 1 Million gleich gerechnet wird. Demgemäß sind im Staatenausschuß vertreten: Preußen mit 17 Stimmen, Bayern mit 7, Sachsen mit 5, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen mit 2 Stimmen, die übrigen Bundesstaaten mit je 1 Stimme. Den Vorsitz im Staatenhause führt ein Mitglied der Reichsregierung. Wenn Deutsch-Oesterreich sich dem Deutschen Reiche anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Staatenausschuß mit einer durch Reichsgesetz festzulegenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil. Kommt eine Uebereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatenausschuß nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.

§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatsausschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen und dort jederzeit das Wort zu ergreifen, damit sie die Ansichten ihrer Regierung vertreten.

§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden. Im übrigen kommen die Reichsgesetze durch Uebereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatenhaus zustande. Ist solche Uebereinstimmung nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch die Volksabstimmung herbeizuführen.

§ 5. Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21—23, 26—32 der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung.

§ 6. Die Geschäfte des Reiches werden von dem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Verträge mit den auswärtigen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch ein Reichsgesetz. Sobald das Deutsche Reich dem Völkerbund mit dem Ziel des Ausschlusses aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit den im Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses. Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß den §§ 1—4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im Reichsgesetzblatt zu verkünden.

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Sein Amt dauert bis zum Amtsantritt eines neuen Reichspräsidenten, der auf Grund einer neuen Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8. Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium ein, dem sämtliche Reichsbehörden und die oberste Heeresleitung unterstellt sind. Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

§ 9. Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister. Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

*

Die Lage in Wilhelmshaven.

Wie aus Oldenburg gemeldet wird, ist wahrscheinlich durch Abgesandte der Bremer Kommunisten der Putsch in Wilhelmshaven hervorgerufen worden. In Wilhelmshaven kann die Zahl der Kommunisten etwa 2000 Mann betragen. Auf der rechten Seite stehen die sogenannten Berufssoldaten, die Mehrheitssozialisten sein dürften, in der Mitte Präsident Kuhnt als Unabhängiger. Unter ihm die aktiven Marinesoldaten und Werftangehörigen. Von mindestens einem Schiffe aus ist die Tausendmann-Kaserne beschossen worden. Ferner wird berichtet, daß von den Kommunisten zuerst 40 000 Mark, später eine Million Mark von der Reichsbank abgehoben worden seien. Die Berufssoldaten hatten die Herausgabe des Geldes verlangt, und aus diesem Anlaß soll es zu den Kämpfen gekommen sein. Es wurden Maschinengewehre und kleinere Schiffsgeschütze herangeschafft. Gegen 9 Uhr begann ein regelrechtes Gefecht, das bis gegen 2 Uhr nachts dauerte. Gegen 10 Uhr abends trat eine Kampfpause ein, weil die Spartakisten sich bereit erklärten, das Geld herauszugeben. Es wurde dann der Reichsbank zurückerstattet, jedoch nicht der volle Betrag, da ein Teil bereits unter die Spartakisten verteilt worden war. Um 2 Uhr nachts erklärten sich die Spartakisten zur bedingungslosen Uebergabe bereit. 500 Mann wurden in Haft genommen. Bei dem Kampf wurden im ganzen sieben Personen getötet, darunter zwei Spartakisten und zwei Berufssoldaten. Es wurden etwa 30 Personen verwundet. Außerdem wurde gegen 7 Uhr ein Arbeiter, der an der Deichbrücke Posten stand, von Berufssoldaten erschossen, wodurch eine Spannung zwischen den Berufssoldaten und den Werftarbeitern hervorgerufen wurde. Die Post-, Telegraphen- und Eisenbahnbeamten nahmen den Dienst wieder auf. Augenblicklich befinden sich noch im Ausstande die städtischen Beamten in Rüstringen und Wilhelmshaven, die eine besondere Forderung haben, nämlich die Errichtung einer Bürgerwehr zum Schutze gegen gewaltsame Angriffe auf das Eigentum der Bürger.

Tagesereignisse.

— **(Gegen eine Loslösung der Rheinlande.)** In Köln fand gestern abend eine außerordentlich stark besuchte Versammlung statt, in der Redner aller Parteien sich energisch gegen eine Loslösung der Rheinlande von Deutschland erklärten.

— **(Die Konfiskation des ländlichen Grundbesitzes.)** Laut Mitteilung des Direktors der Landwirtschaftskammer in Halle steht die Veröffentlichung eines Gesetzentwurfes über Landsiedelungen bevor, wonach der Großgrundbesitz 10 Prozent seiner Fläche abtreten müsse. Ferner würden die Güter eingezogen, die von Kriegsgewinnlern gekauft seien. Ebenso die, welche in den letzten 20 Jahren den Besitzer mehrfach gewechselt hätten. Ferner die schlecht bewirtschafteten und die, deren Besitzer nicht selbst wirtschafteten, schließlich die aus Bauerngütern zusammengekauften.

— **(Eine neue Revolution im Anmarsch?)** In einer Versammlung der Arbeitslosen von Großfrankfurt wurde bei Besprechung der neuen Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge die Reichsregierung und die Gewerkschaftsbürokratie in schärfster Weise angegriffen. Ein Redner sagte, eine neue Revolution, welche die jetzige, gleichfalls militaristische Regierung beseitigen werde, sei im Anmarsch.

— **(Um das Schicksal der deutschen Kolonien.)** Havas meldet: Der aus 10 Vertretern der Großmächte bestehende Ausschuß setzte gestern die Prüfung der Frage des deutschen Kolonialbesitzes fort. Am Vormittag beschäftigte er sich mit den deutschen Besitzungen im fernen Osten und im Stillen Ozean, indem er verschiedene Deputierte Japans anhörte, das die Karolinen- und Marshallinseln verlangt, sowie Australiens, das Kaiser-Wilhelms-Land beansprucht, ferner Neuseelands, das Absichten auf Samoa hat, und Chinas, das Kiautschou zurückerhalten möchte. Am Nachmittag machte Kolonialminister Henry Simon energisch die französisch-englischen Kolonialansprüche vor der Konferenz geltend. Der Ausschuß nahm dann den Gedankenaustausch über die Leitsätze Wilsons wieder auf, nach denen die deutschen Kolonien auf den Völkerbund zu übertragen seien, der sie an diese oder jene Macht zu übergeben hätte mit dem Auftrag, diese oder jene Gebiete unter internationaler Kontrolle zu verwalten. Der Ausschuß kam heute zu keiner Entscheidung.

— **(Wilson doch gegen Kriegsentschädigung?)** Bei den Erörterungen über die Fragen der Kriegsentschädigungen bleibt Präsident Wilson, einem Lyoner Hunsspruch zufolge, fest auf dem Standpunkt bestehen, daß man keineswegs den Ersatz der gesamten Kriegskosten von Deutschland erwarten dürfe, sondern nur einen Ersatz für tatsächlich erlittene Verluste. Unter diesen Titel fallen weder die für die Heere aufgewandten Kosten, noch die für Munition und ähnliches. Allen darüber hinausgehenden Forderungen setzt Wilson bestimmten Widerstand entgegen. Er beabsichtigt daher, darauf zu bestehen, daß die Entschädigungsfrage sehr genau erörtert werde.

— **(Konstantinopel Hauptsitz des Völkerbundes?)** Der griechische Ministerpräsident Venizelos hat der Friedenskonferenz den Vorschlag unterbreitet, Konstantinopel zum Sitz des Völkerbundes zu bestimmen, weil die Stadt sich wegen ihrer zentralen Lage besonders dazu eigne. Falls der Vorschlag nicht angenommen würde, möge Konstantinopel unter den Schutz des Völkerbundes gestellt, keineswegs aber den Türken zurückgegeben werden.

— **(Uebernahme der Bagdadbahn durch die Engländer.)** Die britischen Behörden haben die Bagdadbahn übernommen. Der Generaldirektor der Bahn, Huguenin, ein Schweizer, wurde entlassen. Die Eisenbahnen in der europäischen Türkei sind in die Verwaltung der französischen Behörden übergegangen.

— Die Streiklage im oberschlesischen Bergrevier ist noch ungefähr dieselbe wie vorher. Es streiken etwa 20 Gruben.

— **(Neue Fall eines Freiwilligenkorps.)** Wie den Lokalanzeiger berichtet, sollten gestern vormittag in Berlin Mannschaften des Freikorps Hülsen zum Schutze von Oberschlesien verladen werden, als die Truppen plötzlich von einer großen Abteilung anscheinend wilder Soldaten an der Abfahrt verhindert wurden. Als die Freiwilligen den aufreizenden Reden kein Gehör schenkten, zogen die Aufwiegler Revolver und schossen auf die Truppen. Hierbei wurden ein Unteroffizier und ein Mann getötet. Der Bahnhof wurde abgesperrt und telephonisch eine Abteilung vom Landesjägerkorps herbeigerufen.

— **Kämpfe mit den Polen** haben an verschiedenen Stellen in West-Posen und Westpreußen stattgefunden. Sie verliefen für die deutschen Truppen günstig. Als in Kulmsee (zwischen Thorn und Kulm) Truppen einrückten, wurden sie von der Bevölkerung mit Gewehrfeuer empfangen. Die Truppen besetzten die öffentlichen Gebäude und stellten die Ruhe wieder her. Die Polen hatten einige Verluste. Ueber Kulmsee wurde der Belagerungszustand verhängt.

— **(Eine polnische Greueltat.)** Leutnant Rogalla vom 14. Infanterie-Regiment, ein Sohn des Gemeindevorstehers in Schleusenau, wurde vorvergangenen Mittwoch im Laufe von Verhandlungen, die er als Parlamentär mit den Polen bei Thure führte, mit dem Gewehrkolben erschlagen. In schwerverletztem Zustande, aber noch lebend, wurde er in das Schubinger Lazarett eingeliefert, wo er inzwischen starb. Wie dazu, noch mitgeteilt wird, erschien am folgenden Tage im Lazarett ein polnischer Matrose, um sich zu erkundigen, ob „das Schwein" noch am Leben sei.

— **(Ein monarchistischer Putsch in Ungarn geplant?)** Wie die Budapester Parlamentskorrespondenz mitteilt, ist in Ungarn mit Unterstützung des Adels ein monarchistischer Putsch geplant. Zu diesem Zwecke wurden 27 Millionen Kronen gesammelt. Unter dem Vorwande eines Grenzschutzes sind in Budapest bereits 12000 Offiziere und Mannschaften angeworben.

*

Kleine Nachrichten.

Die Franzosen besetzten das rechtsrheinische Gebiet bis Leopoldshöhe.

Wie der Berliner Lokalanzeiger erfährt, schweben bei den zuständigen Stellen wegen des Erlasses eines Gesetzes über die Einführung des Arbeitszwanges ernste Erwägungen.

Reuter erfährt, daß ein neuer englischer Armeebefehl ausgegeben wurde, nach dem über 35 000 Mann täglich demobilisiert werden sollen. Die Entlassung erfolgt nach Jahrgängen. Man hofft, mindestens alle Männer über 35 Jahre entlassen zu können. Während der nächsten 8 oder 9 Monate bleibe jedoch eine Armee von ungefähr 900 000 Mann erforderlich.

Wie der Vossischen Zeitung berichtet wird, forderte der norwegische Steuermannsverein, daß Deutschland für jeden während des Krieges getöteten Steuermann 80 000 Kronen Schadenersatz zahlen solle. Bevor diese Schuld bezahlt sei, wollten die norwegischen Seeleute keine Lebensmittel nach Deutschland fahren.

Die Vollversammlung der technischen Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn nahm mit überwältigender Stimmenmehrheit den Schiedsspruch des Einigungsamtes an. Bereits in der Nacht haben die verschiedenen Schichten des technischen Anstalten ihre Angestellten veranlaßt, in den Betriebsbahnhöfen und Werkstätten die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wie der Vorwärts hervorhebt, hat der eingetretene Frost leider den Kohlentransport von Oberschlesien erheblich gestört. Die Kohlennot erscheint dadurch vergrößert.

Nach einem Pariser Blatt soll die von Deutschland zu zahlende Kriegsentschädigungssumme mehrere Hundert Milliarden Mark betragen.

Die belgische Regierung beschloß, sofort mit Arbeiten zum Ausbau und zur Unterhaltung des Antwerpener Hafens zu beginnen. Es ist dafür eine Summe von 50 Millionen Francs vorgesehen.

Wie verschiedene Blätter melden, plant die Reichsregierung die Schaffung eines neuen Arbeitskammergesetzes. Sie habe die zuständigen Minister der Einzelstaaten deshalb zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen.

Zum deutschen Gesandten in Kopenhagen soll der frühere Botschafterrat in Konstantinopel Freiherr von Neurath, ein geborener Württemberger in Aussicht genommen sein.

Aus aller Welt.

— **Franz Mehring** ist in Berlin an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben.

— **Hohe Einkommensteuer in Berlin.** Infolge der außerordentlich hohen Ausgaben, die die Gemeinden jetzt zu leisten haben — die Groß-Berliner Gemeinden zahlen allein täglich 1 Million Mark an Arbeitslosenunterstützung — werden die Haushaltspläne nur durch einen erheblich höheren Einkommensteuerzuschlag zu balanzieren sein. In eingeweihten Kreisen ist man der Ansicht, daß in Groß-Berlin für das bevorstehende Rechnungsjahr ein einheitlicher Zuschlag von 250 bis 300 Prozent erhoben werden dürfte, um die Gemeinden in den Stand zu setzen, nur einigermaßen weiter zu arbeiten.

— **Doppel-Selbstmord.** Die 18jährige Artistin Amalie Thiome und ihre gleichaltrige Freundin, die Arbeiterin Anna Sens, vergifteten sich in Berlin in der Wohnung der Thiome mit Leuchtgas.

— **Das rote Cadinen.** Die Mehrheit der Wähler des kaiserlichen Privatgutes Cadinen hat — sozialdemokratisch gewählt. Von 150 Stimmen wurden 52 für die Unabhängigen und 59 für die Mehrheitssozialisten abgegeben.

Arme Liane.

Original-Roman von H. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

68. Fortsetzung.

„Sie dürfen mir glauben, Frau Baronin, daß ich sehr ungern diese unreine Angelegenheit zur Sprache bringe. Aber wie gesagt, ich halte es für meine Pflicht. Ich muß etwas weit ausholen, um mich verständlich zu machen und bitte um Verzeihung. Also vor etwa Jahresfrist wurde ich von einem älteren Herrn der Aristokratie — den Namen möchte ich aus Schonung für seine Familie verschweigen — als Hausdame und als Gesellschafterin für seine Nichte engagiert. Dieser Herr bewohnte mit dieser Nichte eine elegant eingerichtete Etage im Westen Berlins. Harmlos nahm ich diese Stellung an. Es fiel mir allerdings auf, daß die Nichte des hochadligen Herrn einen bürgerlichen Namen hatte, und daß Onkel und Nichte auffallend — ganz auffallend zärtlich miteinander verkehrten; aber ich dachte mir durchaus nichts Böses dabei. Sehr befremdend war es mir auch, daß der Aristokrat etwa in vierteljährlichen Zwischenräumen, jedesmal nur wenige Tage, meistens eine Woche, zu Hause war und die übrige Zeit angeblich auf Reisen verbrachte. Briefe, die ihm gesandt wurden, mußten immer über seinen Bankier gehen, der sie ihm an seine jeweilige Adresse nachsandte. Dies alles erschien mir, wie gesagt, sonderbar, aber ich glaubte trotzdem an das verwandtschaftliche Verhältnis der beiden Menschen. Aber eines Tages wurden mir die Augen schrecklich geöffnet. Durch einen Zufall erfuhr ich, daß der Aristokrat sozusagen ein Doppelleben führte. In Wahrheit befand er sich nicht auf Reisen, sondern er wohnte auf seinen Gütern. Er, der sich als Junggeselle ausgab, besaß Familie, die keine Ahnung hatte von der angeblichen Nichte. Und wenn er angeblich von seinen Reisen nach Hause kam, hatte er nur für kurze Zeit sein wirkliches Heim und seine Familie verlassen, um in der Berliner Wohnung wieder einige Zeit mit der anzeblichen Nichte zusammen zu leben. In Wahrheit war er mit dieser Person gar nicht verwandt. Es war seine Geliebte. Und diese Geliebte ist Fräulein Liane Reinold."

Mit einem befriedigten Atemzug machte Frau Doktor Bartels hier eine wirkungsvolle Pause.

Die Baronin fuhr empört auf.

„Nicht möglich! Dieses junge, vornehm aussehende Mädchen sollte eine solche verrufene Person sein?"

Frau Doktor Bartels nickte mit tragischer Gebärde.

„Es ist dennoch so, Frau Baronin: sie ist seine Geliebte. Oh, ich lernte dieses verderbte Geschöpf kennen und habe es ihr ins Gesicht gesagt, was ich von ihr halte. Natürlich gab ich sofort diese Stellung auf, und ehe ich ging, sprach ich Fräulein Reinold eindringlich ins Gewissen. Aber sie blieb dreist und frech und wollte mir die Türe weisen. Erst als ich ihr drohte, der Gemahlin des Aristokraten alles zu enthüllen, gab sie klein bei und suchte mich durch Tränen zu entwaffnen. Dem Aristokraten hatte ich ebenfalls ins Gesicht gesagt, daß ich sein Doppelleben durchschaute und was ich von ihm halte. Ich verließ das Haus. Wahrscheinlich hat er nun doch gefürchtet, ich könnte seiner Familie Mitteilung machen. Jedenfalls hat Fräulein Reinold gleich nach mir die Wohnung verlassen, zumal sich auch die Dienstboten weigerten, ferner einer solchen Person zu dienen und sofort ihre Stellungen verließen. Und nun können Sie sich meine Entrüstung denken, Frau Baronin, als ich heute dieses Fräulein Reinold hier als Gesellschafterin einer jungen Dame aus guter Familie wiederfinde — und zwar — in der Nähe der Besitzung ihres angeblichen Onkels. Man hat sich also wahrscheinlich die zärtlichen Zusammenkünfte hier in der Nähe bequemer eingerichtet. Ich bin fest überzeugt, daß Fräulein Reinold nur deshalb eine derartige Stellung angenommen hat. Wie ich hörte, bekommt sie kein Gehalt. Nun ja — sie braucht es nicht, ihr Liebhaber wird sie freigebig, wie bisher, mit allem versorgen, denn er scheint sehr reich zu sein und Geld spielte nie eine Rolle, wenn sie einen Wunsch hatte."

Die Baronin war über das Gehörte außer sich. Sie konnte ja nicht an der Wahrheit dieser Worte zweifeln. Ihre Gesellschafterin brachte ihre Angaben so bestimmt vor. So etwas erfindet man nicht, dachte sie. Und daß Frau Doktor Bartels geschickt Wahrheit und Dichtung vermischte, konnte sie nicht ahnen. Dazu kam, daß diese tatsächlich selbst an ein unerlaubtes Verhältnis zwischen Graf Joachim und Liane glaubte. Jedenfalls war also die Baronin von der Wahrheit dieser Worte überzeugt und ehrlich entrüstet.

„Mein Gott im Himmel, wenn Brinkens das ahnten! Das kann man doch nicht so ruhig gehen lassen", sagte sie.

Frau Doktor Bartels nickte befriedigt.

„Das ist auch meine Meinung, Frau Baronin. Ich sagte mir, es sei meine Pflicht, diesem Skandal ein Ende zu machen. Ich bitte, ganz nach Gutdünken über meine Mitteilungen zu verfügen."

„Sie ermächtigen mich also, Gebrauch davon zu machen?"

„Gewiß, Frau Baronin, und ich werde jederzeit für die Wahrheit meiner Worte eintreten."

Nachdenklich sah die Baronin vor sich hin.

„Und Sie wissen bestimmt, daß der betreffende Herr hier in der Nähe seine Besitzung hat?"

„Ja, ich weiß es ganz bestimmt."

„Dann müßte ich ihn doch auch kennen, wir sind doch alle Gutsbesitzer im weiten Umkreis bekannt."

Frau Doktor Bartels neigte würdevoll das Haupt.

„Ich weiß, daß Sie ihn kennen, Frau Baronin. Sie haben seinen Namen schon in meiner Gegenwart ausgesprochen."

„Und Sie wollen ihn mir nicht nennen?"

„Ich würde Ihnen den Namen nicht vorenthalten, wenn ich nicht der Ansicht wäre, daß die Schmach dann auch auf seine unschuldige Familie fallen würde. Und das will ich vermeiden."

Frau Doktor Bartels triefte förmlich vor Edelmut. Die Baronin konnte sich aber trotzdem eines unangenehmen Gefühls nicht erwehren in ihrer Gegenwart. Sie gehörte nicht zu den Frauen, die sich mit Vergnügen Skandalgeschichten auftischen lassen.

„Es ist lobenswert von Ihnen, daß Sie das verhüten wollen", sagte sie trotzdem anerkennend. „Mir tut die Frau dieses Mannes namenlos leid, weil sie so betrogen wird."

„Mir auch, Frau Baronin. Im tiefsten Herzen tut sie mir leid. Und man müßte auf seiten seiner Geschlechtsgenossinnen stehen und die Dame von der Sache unterrichten, damit sie ihre Rechte wahren und mit dazu beitragen könnte, diesen Skandal aus der Welt zu schaffen. Wie denken Sie darüber, Frau Baronin? Ich wollte gern erst ihre Ansicht über diese Frage hören."

Unbehaglich zuckte die Baronin die Achseln.

„Was soll ich dazu sagen? Gewiß müßte man der Aermsten helfen, dies Aergernis aus der Welt zu schaffen. Aber die Eröffnung kostet ihr auch schweren Kummer machen."

„Das ist sicher. Aber bedenken Sie, Frau Baronin — wenn Sie an Stelle der Aermsten wären, würden Sie nicht Klarheit und Wahrheit vorziehen, auch wenn sie noch so bitter wäre, als immerfort die Betrogene zu sein?"

Die Baronin richtete sich auf.

(Fortsetzung folgt.)

— **(Die A.-S.-R. in Deutschland keine dauernde Einrichtung.)** Die Groß-Berliner Soldatenräte berieten in ihrer letzten Vollversammlung hauptsächlich die vom Kriegsministerium ergangenen Bestimmungen über die Neuregelung der Kommandogewalt und die Rolle, die den Soldatenräten in Zukunft bei der Ausübung militärischer Funktionen zufallen soll. Volksbeauftragter Noske vertrat gegenüber der zuvor geäußerten Ansicht den Standpunkt, daß die heutige Form der Soldatenräte nicht zu einer dauernden Einrichtung werden könne. Das russische System sei in Deutschland nicht möglich. Es handle sich bei der kriegsministeriellen Verfügung nur um eine vorläufige, die durchaus nicht die Soldatenräte abschaffen wolle, sondern sie in der allerbündigsten Form anerkenne. Bei der Frage der Rangabzeichen handle es sich nicht um eine sehr wichtige Sache. Wesentlich wichtiger sei, daß die Anerkennung der Kommandogewalt herbeigeführt werden müsse; keine Regierung könne auf die Kommandogewalt verzichten. Es ist ein unmöglicher Zustand, wenn in irgend welchen Orten die Soldatenräte den Gehorsam verweigern. Noske erklärte: Noch vor acht Tagen hat mir ein Vertreter Wilsons erklärt, die Regierung sei nicht als verhandlungsfähig anzuerkennen, weil sie keine Macht hinter sich habe und ein Spielball lächerlicher Volksteile gewesen sei. Weitere Redner sprachen für und wider die ministerielle Verordnung. Es wurde eine paritätische, aus beiden sozialistischen Parteien zusammengesetzte Kommission bestellt, die mit den einzelnen Armeekorps Abänderungsvorschläge über die Neuregelung der Kommandogewalt vereinbaren und der zuständigen Stelle unterbreiten soll.

— **(Schmachvolle Ausweisung der Deutschen aus dem Elsaß.)** Allen deutschen Vorstellungen und Protesten zum Trotz fahren die Franzosen fort, die elsaß-lothringischen Deutschen bei ihrer Ausreise nach Deutschland in einer unerhört harten Weise zu behandeln. Soeben aus Straßburg zurückgekehrte Deutsche berichten, daß sie sich schon in den frühen Morgenstunden zum Abtransport auf dem Güterbahnhof einfinden mußten. Nach stundenlangem Warten setzte sich der zu ihrer Beförderung bereitstehende Zug schließlich um die Mittagsstunde in Bewegung. Als sie dann nachmittags in Kehl die neutrale Zone erreichten und das Schlimmste überstanden zu haben glaubten, wartete ihrer eine neue Ueberraschung. Von ihrem Gepäck, das sie bei Antritt der Reise abgegeben hatten, und endlich um 7 Uhr abends auf dem Bahnhof in Empfang nehmen sollten, war der größte Teil verschwunden und mit ihm die letzte Habe, die sie mitnehmen durften. Einer der Reisenden erhielt von vier aufgegebenen Koffern nur einen zurück.

— **(Der aufrechte Michaelis)** Unter vorstehender Spitzmarke berichtet der „Tag" aus Stettin: Der gestrige Arbeiter- und Soldatenrat hatte dieser Tage dem Oberpräsidenten Reichskanzler a. D. Michaelis den Beschluß übermittelt, am Sonnabend den ganzen Tag über anläßlich der Beerdigung des „ermordeten" Karl Liebknecht alle öffentlichen Gebäude halbmast mit roten Fahnen oder Wimpeln zu beflaggen. Der Oberpräsident hatte diese Anordnung nicht befolgt, sondern im Gegenteil, wie er dem Arbeiter- und Soldatenrat mitteilte, die Dienststellen davon benachrichtigt, daß er nicht flaggen lassen würde, weil der Arbeiter- und Soldatenrat kein Recht habe, solche Verordnungen zu erlassen, weil der Beschluß eine Kundgebung gegen die Regierung enthalte, der er seine Unterstützung zugesagt habe. Daraufhin hat heute ein Massenzug von Demonstranten beim Oberpräsidium, bei der Regierung und beim Polizeipräsidium das Hissen roter Fahnen gefordert und bei Weigerung der Behörden dieses selbst mit Gewalt angeordnet. Nunmehr hat der Oberpräsident laut der „Ostsee-Zeitung" den Sachverhalt dem Minister des Innern vorgetragen und ihm erklärt, daß er sich nicht mehr imstande sehe, mit einem Arbeiter- und Soldatenrat weiter zusammenzuarbeiten, der in seiner Mehrheit einen Beschluß fasse, der eine offenbare Beleidigung der gegenwärtigen Regierung enthalte und geeignet sei, diejenigen Beamten, die sich der Regierung zur Verfügung gestellt haben, auf das schärfste zu verletzen. Er hat deshalb auch dem Ministerium mitgeteilt, daß er trotz der möglichen Rückwirkung seines Schrittes auf die übrige Beamtenschaft und die damit verbundenen Folgen für das Wirtschaftsleben der Allgemeinheit sich entschlossen habe, von heute an seine Amtsgeschäfte abzugeben und sich zu beurlauben, bis die Gewähr geboten sei, daß die Entschließungen des Arbeiter- und Soldatenrats sowie den Intentionen der gegenwärtigen Regierung entsprechen.

— **In Kiel** versuchten wiederholt englische Agenten, ehemalige U-Bootmannschaften und Offiziere für die britische Marine anzuwerben. — (Die Engländer haben natürlich für die ihnen ausgelieferten deutschen U-Boote Bedienungsmannschaften notwendig, und zwar solche, die mit der Konstruktion der neuen Boote vertraut sind. Nun soll der deutsche Michel in die Bresche springen und die Lücke, die die englische Seemacht bisher hatte, ausfüllen. Aus dem Anwerben deutscher U-Bootmannschaften ist aber auch ersichtlich, daß die deutschen U-Boote nicht vernichtet werden sollen, wie es einmal hieß, sondern daß sie von England behalten werden. Hoffentlich ist noch so viel deutscher Stolz vorhanden, daß die englischen Agenten taube Ohren predigen.

— **(Die Verhältniswahlen auch in der Schweiz.)** Nachdem im vergangenen Oktober das schweizerische Volk sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen hatte, daß die Wahlen für den Nationalrat künftighin nach dem Proportionalsystem stattfinden sollten, beantragte der Bundesrat in der Bundesversammlung, die Neuwahlen zum Nationalrat anstatt am 1. März 1920, bereits im Frühjahr dieses Jahres vorzunehmen. Der Bundesrat ließ sich bei dem Antrage von der Erwägung leiten, daß in dieser Zeit außerordentlicher gesetzgeberischer Tätigkeit, in der die politischen Geschicke der Schweiz auf lange Zeit hinaus bestimmt werden, die Kräfte des Volkes zur Mitarbeit herangezogen werden sollen. — Der Nationalrat, der sich heute mit der Vorlage des Bundesrates beschäftigte, schloß sich einstimmig der Auffassung des Bundesrates an, daß die Neuwahlen verschoben werden sollen, beschloß aber, diese Neuwahlen nicht bereits im Frühjahr, sondern erst im Herbst vorzunehmen, sodaß der neugewählte Bundesrat zum ersten Male im Dezember 1919 zusammentreten wird.

— **(Vollständige Niederlage der Bolschewisten.)** Reuter erfährt, daß nach den letzten Nachrichten, welche die britischen militärischen Stellen erhielten, die Niederlage der bolschewistischen Heere in Estland jetzt vollständig ist. Diese Niederlage straft die Sowjetpropaganda Lüge, die versuchte, die Leistungsfähigkeit der roten Armeen und der Revolutionären durch Begeisterung, die sie entfachen, zu übertreiben. Es ist bekannt, daß mehrere Regimenter Roter Garde desertierten, sobald sie gut organisierten Streitkräften gegenübergestellt wurden, was ein deutliches Zeichen dafür ist, daß ein bolschewistisches Heer sich von der Propaganda mehr Erfolg verspricht, als vom Kämpfen. Der Bericht ist aus alliierten Kreisen in Omsk. Die Bolschewisten begehen unbeschreibliche Grausamkeiten an der Bevölkerung. Alle Kirchen sind geschlossen, viele Geistliche ermordet, der Bischof ist lebendig verbrannt worden.

Aus aller Welt.

— **Vereitelte spartakistische Anschläge gegen Scheidemann.** In Kassel gingen dem „L.-A." zufolge dieser Tage Gerüchte um, daß Scheidemann, der in Kassel für die Nationalversammlung gewählt worden ist, einem Attentat zum Opfer gefallen sei. Wie hierzu der Parteivorstand der Sozialdemokratie mitteilt, mußte der Sonderzug, mit dem Scheidemann nach seiner Wahlrede in Kassel die Rückreise nach Berlin antrat, zweimal, in Eichenberg und Nordhausen, umgeleitet werden, da spartakistische Anschläge gegen den Zug geplant waren, die noch rechtzeitig entdeckt werden konnten. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

— **Deutsche Goldsendungen nach Brüssel.** Aus Brüssel wird gemeldet, daß dort am Donnerstag ein deutscher Sonderzug mit 749 Millionen Franken, die für die Belgische Nationalbank bestimmt sind, eingetroffen ist. Außerdem enthielt der Zug eine Reihe von Wertpaketen mit Akten für die belgische Regierung.

— **Der große Fischreichtum in der Nordsee.** Von sachverständiger Seite wird geschrieben: Durch die Tagespresse ging eine Meldung von großem Fischreichtum der Nordsee und großen Dorsch- und Heringsschwärmen im Kattegat. Es sei darauf hingewiesen, daß uns der Fischreichtum im Kattegat und Skagerrak zurzeit gar nichts nützt, denn unsere Fischer dürfen dort nicht fischen; von den Fängen, die schwedische Fischer dort machen, bekommen wir nichts, da Schweden ein strenges Ausfuhrverbot hat und von dem Ertrage der dänischen Fischerei bekommen wir nur ganz geringe Mengen, da Dänemark sich Amerika gegenüber verpflichtet hat, nur ein beschränktes Quantum an Deutschland auszuführen. Die Entente hat uns nur die Fischerei bis zu einer Linie Vlaavands Huk—Weser—Ems freigegeben. Zurzeit fahren von Geestemünde 27 Fischdampfer gegen 130 im letzten Friedensjahre.

— **Der Fürst von Pleß gibt Siedlungsland her.** Der Generalbevollmächtigte des Fürsten Pleß, eines der größten Grundbesitzer Schlesiens, hat erklärt, die Bestrebungen der Kriegerheimstättenfrage fänden beim Fürsten von Pleß weitgehendes Entgegenkommen. Auf eine Anfrage der Landwirtschaftskammer hin habe er bis zu einem Drittel seines landwirtschaftlichen Gesamtbesitzes für Kriegerheimstätten und Siedelungen zur Verfügung gestellt. Ueberall wo ein Bedürfnis vorliege und die Vorbedingungen eine günstige Entwicklung zulassen, da werde er gern Land abgeben. Wichtig dabei ist, daß das Gelände nur abgegeben werden soll an eine gemeinnützige Gesellschaft oder öffentliche Körperschaft. Das Gelände soll dadurch oder durch Erbbaurecht ganz im Sinne von Forderungen von Bodenreformern dauernd den Bodenspekulationen und den Preissteigerungen entzogen werden. Es besteht somit Aussicht, daß in Schlesien bald mit der Schaffung von bäuerlichen Kleinsiedelungen und von Eigenwohnstätten begonnen werden wird.

— **Eine blutige Abstimmung.** In den letzten Tagen hatte in Marburg in Steiermark eine Abstimmung über die Staatszugehörigkeit stattgefunden, wobei sich zwei Drittel der Bevölkerung für die Zugehörigkeit zu Deutsch-Oesterreich ausgesprochen hatten. Die Deutschen Marburgs benutzten die Anwesenheit der amerikanischen Mission um ihr in einem friedlichen Demonstrationszuge ihre Stärke vorzuführen. Vermutlich durch das Ergebnis der Abstimmung gereizt, griffen die jugoslavischen Truppen die Deutschen an und gaben mehrere Salven ab. Die Wirkung war furchtbar: 17 Tote, 70 Schwerverwundete und über 100 Leichtverwundete blieben auf dem Platze. Angesichts dieses Vorfalles hat die amerikanische Mission schon am Montag nachmittag 3 Uhr die Stadt wieder verlassen.

— **Einen Einblick in die Kreise der Schieber** gewährte eine Gerichtsverhandlung. Unter Anklage Gefängnisschlachtungen vorgenommen und Beihilfe dazu geleistet zu haben, standen der Gastwirt und Hausbesitzer August Walter aus Magdeburg, Müllermeister und Landwirt Ernst Dettmer aus Kathendorf, Handelsmann und Landwirt Friedrich Müller aus Kathendorf, Arbeiter Wilhelm Lauenroth aus Rätzlingen und die Ehefrau des Landwirts Hulda Heike aus Rätzlingen vor der Strafkammer des Landgerichts Stendal. Walter soll etwa 20 bis 30 Rinder heimlich geschlachtet, unberechtigt Vieh angekauft und Fleisch ohne Marken abgegeben haben. Die übrigen Angeklagten sollen Beihilfe dazu geleistet haben. Die Strafkammer verurteilte Walter zu 9 Monaten Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe, unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft. Müller zu 2 Monaten Gefängnis, die Strafe wurde durch die Untersuchungshaft als verbüßt erklärt, die Ehefrau Heicke wurde freigesprochen, da ihr eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen werden konnte. Das Verfahren gegen Dettmer und Lauenroth wurde auf Grund der Amnestieerlasse eingestellt.

Die Landwirtschaft 1919.

Die deutsche Landwirtschaft soll im laufenden Jahre große Leistungen für die Volksernährung aufweisen, denn was wir an Brotkorn aus Amerika zu erwarten haben, ist nicht so bedeutend, daß es die deutsche Produktion von ihrer Verantwortlichkeit befreie. Im Gegenteil! Die Lücke, welche die Minder-Ernährung in der Rüstigkeit des Volkes geschaffen hat, muß wieder ausgefüllt werden. Also Brot und Kartoffeln so viel wie möglich, Fleisch und Gemüse so viel als möglich. Die Soldaten, die der Krieg vom Lande für das Heer gefordert hat, sind, soweit sie zurückgekehrt sind, zumeist entlassen. Tausende von landwirtschaftlichen Betrieben, die lange Zeit auf Frauenleitung angewiesen waren, haben wieder ihren Herrn. Aber es mangelt noch an manchem: alles ist teuer. So steht es mit landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, mit Saatgut und mit Düngemitteln. Recht knapp steht es mit Arbeitskräften. Die Kriegsgefangenen sind entlassen und ausländische (polnische) Arbeiter sind in kaum abzusehender Zahl nicht zu erwarten. Wir sind also auf die heimischen Kräfte angewiesen. Diese reichten schon im Frieden, vor 1914, nicht aus, sie werden also jetzt noch weniger genügen. Zuschuß muß also heran.

In den deutschen Großstädten haben wir Zehntausende von Erwerbslosen, auch in den Mittelstädten fehlen sie nicht. Bekannt ist, daß nicht jede Körperskonstitution sich zur Landarbeit eignet, daß es fast unmöglich ist, ältere Personen, die nie auf dem Lande tätig waren, zu andauernder, tüchtiger Tätigkeit dort zu verwenden. Die jüngeren, kräftigeren Leute sind aber lieber in der Stadt mit ihrem wechselreichen Leben, wie auf dem Dorfe. Es ist daher schon von amtlicher Seite darauf hingewiesen, daß den aus der Stadt auf das Land kommenden Arbeitern erheblich höhere Löhne gezahlt und daß auch für angemessene Wohnungs-Verhältnisse gesorgt werden müßte. Wenn für diese „angemessenen Wohnungs-Verhältnisse" ziemlich weitgehende Forderungen erhoben werden sollten, so wird das nicht überall so schnell zu erfüllen sein, denn es fehlt an Baumaterial. Der Kostenpunkt ist ein Kapitel für sich. Aber was sich als notwendig erweist, muß und wird von der Landwirtschaft zum Zweck der Volksernährung geschafft werden, soweit es möglich ist.

Der Hauptpunkt ist und bleibt der höhere Lohn. Was in der Stadt an Zulage gefordert und bewilligt ist, das ist auf dem Lande nicht durchführbar, weil es sich dort nicht um Produkte handelt, deren Erwerb im Belieben des kaufenden Publikums steht, sondern um notwendige Lebensmittel, die jeder Mensch haben muß. Wie sehr über die Knappheit und den Preis der Lebensmittel geklagt worden ist, ist allbekannt. Gerade dem soll abgeholfen werden. Es ist aber nicht möglich, ohne nach unbegrenztem städtischen Muster in der Landwirtschaft zu zahlen, denn dann würde keine Verbilligung, sondern noch eine weitere Verteuerung eintreten. Außerdem ist zu beachten, daß der Landbau immer eine große Zufallssache ist. Wenn Maurer und Zimmermann ein neues Haus gebaut haben, ist es fertig, es steht da und kann benützt werden. Aber die Mühe und Bestellung bei weiten Ackerflächen kann nutzlos gemacht werden, wenn ungünstiges Erntewetter die Erwartungen zum großen Teil vereitelt. Landarbeit läßt sich also nicht nach städtischer Theorie beurteilen, sondern nur nach eigener praktischer Erfahrung. Sonst bezahlen gerade die minder bemittelten Volkskreise die Lebe mit hohen Preisen für das tägliche Brot. Aber Arbeitskräfte werden gebraucht, und darum müssen sie zeitig geworben werden, und nicht erst, wenn das Feuer auf den Nägeln brennt. Darum sollen sofort unter Zuziehung von Sachverständigen Erhebungen über die Lohnhöhe getroffen werden, damit aus der Ackerkrume ein „Tischlein deck dich" für das deutsche Volk entsteht.

Amerikas Flottenrüstungen.

Während Besiegte wie Sieger in Europa alle Hände voll damit zu tun haben, das Wirtschaftsleben ihrer Staaten auch nur einigermaßen wieder in Gang zu bringen, werden in den Vereinigten Staaten bereits umfassende Rüstungen zur Befestigung der Vormachtstellung, die die Vereinigten Staaten im Laufe des Weltkriegs errungen hat, getroffen. Der Marinesekretär Daniels hat kürzlich ein weitgehendes Programm zum Ausbau der amerikanischen Flotte entworfen, das Amerika schon 1925 ein absolutes Uebergewicht über die englische Flotte verschaffen wird. Amerika wird dann über 22 Schlachtkreuzer verfügen, während England bei gleichem Bautempo wie in den letzten 20 Jahren nur 19 oder 20 Schlachtkreuzer in seine Flotte einreihen kann. Dazu kommt, daß die neuen amerikanischen Schlachtkreuzer nach Ansicht von Sachverständigen einen weit höheren Kampfwert als die englischen Schlachtschiffe infolge ihrer größeren Wasserverdrängung und höheren Geschwindigkeit besitzen. Ferner sieht das amerikanische Flottenbauprogramm den Bau von 450 Zerstörern, einer großen Unterseebootflotte, zahlreichen Patrouillenbooten sowie von riesigen Mengen von Wasserflugzeugen vor.

Bezeichnend für die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist, daß der Entschluß zu diesen Rüstungen keineswegs das Programm der Regierung ist, sondern unter dem Druck der öffentlichen Meinung erfolgte. Seit Beginn des Waffenstillstands tritt sowohl die republikanische wie die demokratische Presse mit aller Energie dafür ein, daß die Vereinigten Staaten alles daran setzen, um ihr Uebergewicht in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung auch militärisch zu sichern. Ebenso wird es als eine unbedingte Notwendigkeit betrachtet, daß die während des Kriegs entstandene große amerikanische Handelsflotte durch eine starke Seemacht den nötigen Rückhalt bekommt.

Diese Ideen, die über Nacht Allgemeingut des amerikanischen Volks geworden sind, weisen darauf hin, daß man sich in den Vereinigten Staaten der politischen Zukunftsaufgaben sehr wohl bewußt ist. Sowohl Regierung wie Volk erkennen, daß die Stärke Amerikas letzten Endes darin besteht, wenn es allen Kombinationen gewachsen ist, die sich in der nächsten Zukunft in der Welt auftun können. Die Vereinigten Staaten müssen sich gegen England auf dem Meere, wie gegen Japan zu Lande und zur See sichern, denn ihre wirtschaftliche, politische und kulturelle Expansion, die nach diesem Kriege unbedingt erfolgen wird, muß sie in einen offenen Gegensatz zu den bisherigen Verbündeten bringen. Ein Gegensatz, der wenigstens Japan gegenüber kaum auf dem Wege friedlicher Verständigung ausgetragen werden dürfte.

Als Bilanz dieses Krieges ergibt sich also die für England wie für seinen gelben Verbündeten keineswegs sehr erfreuliche Tatsache, daß sie zwar den deutschen Mitbewerber um die Vormacht in der Welt gebracht, dafür aber einen neuen Konkurrenten erhalten haben, dessen Machtmittel von einer nicht zu überbietenden Stärke sind.

Besiegt.

Roman von L. Ideler.

(Nachdruck verboten.)

64. Fortsetzung.

Die vier stolzen Rappen zogen ausgreifend an und die glänzende Equipage, in deren weichen Kissen sich ein unscheinbares Persönchen zusammendrückte, brauste die Dorfstraße hinab. Ob zum letztenmale mit Elise Gleißen? . . .

Sowie die Gerichtsbeamten in Seltenburg wieder angelangt waren, suchten sie alle zusammen den Bankier Landecker auf.

Er war in seinem Kontor beschäftigt und empfand einen leichten Schreck, als er die ihm wohlbekannten Herren bei sich eintreten sah. Wer sieht gern Gerichtspersonen in seinem Heim?

Sara, die auch heute bei ihrem Vater im Kontor verweilte, war von ihrem gewöhnlichen Platz, dem alten, schwarzen Ledersofa, herabgeglitten und starrte mit unruhig funkelnden Augen auf die Herren.

„Schicken Sie das Kind hinaus!" gebot der Justizrat in ernstem Tone.

Sie ist gewöhnt, bei mir zu sein!" zeterte der Bankier. „Sie ist ein sehr verständiges Kind!"

Landecker verspürte durchaus keine Lust, mit seinem Besuch allein zu sein; des Kindes Anwesenheit gewährte ihm eine Erleichterung.

„Schnell!" befahl der Beamte, der niemals mit sich spaßen ließ.

Landecker sah den ihm ganz fremden Gast von Kopf bis zu Füßen an.

„Was will der Herr?" fragte er beklommen.

Der Polizist überreichte ihm eine Karte. Kaum hatte Landecker einen Blick darauf geworfen, als sein Wesen eine große Unterwürfigkeit annahm.

„Nun wohl, wie der Herr Geheimpolizist befehlen," fügte er sich. „Geh hinaus, Saracken!" wandte er sich gegen das Mädchen.

Das Kind zögerte und sah mit den schwarzen, brennenden Augen unruhig von einem zum andern.

Wächter machte kurzen Prozeß und schob die Kleine zur Tür hinaus. Freilich konnte er es nicht hindern, daß Sara draußen das Ohr an das Schlüsselloch drückte, um trotzdem doch kein Wort von dieser geheimnisvollen Unterredung zu verlieren.

„Haben Sie zuerst die Güte, uns diesen Koupon in bares Geld umzuwechseln, er gehört Fräulein Gleißen," begann der fremde Beamte.

Ohne ein Wort der Einrede nahm Landecker den Schein mit einer Verbeugung entgegen, öffnete seinen Geldschrank und zählte die erforderliche Summe auf den Tisch.

„Das war der angenehmste Teil unseres Besuchs für Sie!" bemerkte Kutzki, der die Gelegenheit, mit dem Vater seines Freundes in einem vertraulichen Tone sprechen zu können, sich nicht entgehen lassen wollte.

„Kann ich mir denken!" versetzte Landecker und ein düsterer Blick schoß aus seinen Augen auf den Sprecher. „Wenn das Gericht Fräulein Gleißens Scheine einwechselt, so muß bei der Dame nicht alles klar sein!"

Warum haben Sie denn Fräulein Gleißen das Geld nicht auszahlen wollen?" fragte der Justizrat. „Sie klagt über Ihre Unhöflichkeit!"

„Ich bin höflich, wo ich kann, aber ich bin ... stolzen Mann." Und Landecker hub sich aufgeregt mit der Hand durch die krausen Haare. „Sie fragen: warum nicht? Ich hatte eigentlich keinen Grund, es lag mir nur so etwas in der Luft! Die Dame prozessiert gegen Fräulein von Wippern, die doch im Recht ist. Das war nicht nur unrecht, das ist dumm! Und wenn ein Mensch dumm ist, dann bringt er auch andere ins Malheur!"

„Der Prozeß ist ja verloren!" warf Tann ein.

Landecker nickte.

„Weiß ich! Sie wird aber appellieren, es geht weiter. Und da sagte ich mir: wenn sie soviel Geld hat, um ganz nutzlose, ganz unrechte Prozesse zu führen, will ich lieber nichts mit ihr zu tun haben. Rein gar nichts! Ich bin ein reeller Mann, aber es muß auch alles klar um mich sein. Sie soll anderes tun, als mir Unhöflichkeit nachsagen! Ich habe ihr die vielen Koupons sonst immer ganz regelmäßig eingewechselt!"

„Nun, soviele waren es doch wohl gar nicht," wandte der Beamte lauernd ein. „Sie legte uns ihren Vermögensbestand vor, wobei sie selbst sagte, ihr Vater hätte ihr nicht viel hinterlassen können. Achthundert Mark Zinsen halbjährlich, ich habe die Summe notiert."

„Was?" rief Landecker. „Achthundert Mark? Fünftausend halbjährlich, meine Herren, und das war es eben, das war mir zu viel!"

„Ist das richtig?" fragte Justizrat Wächter mit einem Blick auf seine Kollegen.

„Ich kann Ihnen jederzeit mein Geschäftsjournal vorlegen, in dem es verzeichnet steht. Termin 'da Termin!" antwortete der Bankier.

„Dann hat sie uns also absichtlich die Unwahrheit gesagt," entgegnete Wächter. „Aber, Herr Landecker, warum sagten Sie das doch nicht aber? Das hätte ja untersucht werden müssen, denn auf rechtliche Weise konnte der verstorbene Verwalter nicht soviel Geld erworben haben."

„Täusche ich das?" fragte Landecker vorwurfsvoll. „Welcher reelle Kaufmann deckt anderen Menschen die Verhältnisse seiner Kunden auf? Sie holen auch Ihre Zinsen bei mir, Herr Justizrat. Sie würden, denke ich, es mir schön übel nehmen, wenn man sich eines Tages in der Stadt erzählte: Der Herr Justizrat hat so und soviel Vermögen, der Landecker gibt die Zinsen und hat es selbst gesagt! — Das wäre doch sehr unreell von mir und Sie würden mit Recht mir entziehen Ihr geschätztes Vertrauen!"

Als die Unterredung an diesem Punkt angelangt war, schlich Sara Landecker mit klopfendem Herzen davon. Sie wußte sehr genau, daß sie ihren Schulfreundinnen in der Frühstückspause erzählt hatte, wieviel Zinsen Fräulein Gleißen bei ihrem Vater habe holen wollen. Fräulein Poser hatte es auch gehört und nun vernahm sie, daß ihr Vater eine solche Schwatzhaftigkeit für höchst unreell erklärte. Wenn er nun erfuhr, daß sie geplaudert hatte, so würde er sicher sehr böse werden und sie vielleicht ganz aus dem Kontor verbannen, ihr auch sein Vertrauen entziehen. Die Sache konnte jedenfalls eine unangenehme Wendung für Sara Landecker nehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Durchschaut. Hamster (der einem Bauern einen Besuch abstattet): „Einen schönen Tag haben wir heute, Feldmoser." — Bauer: „Ja, ja; aber sonst han mir nix." (Flieg. Blätter.)

Zuviel verlangt. Fräulein: „Der Schmerz macht mich rasend; heute muß der Zahn unbedingt heraus!" Nachbarin: „Ach, Fräulein, und in vier Wochen will mein Sohn hier in der Stadt seine Zahnpraxis eröffnen . . . . . können Sie's nicht so lange aushalten?"

Wie General v. Lettow-Vorbeck sich ergab.

Der Daily Telegraph bringt einen Bericht über die Uebergabe v. Lettow-Vorbecks, des tapfern deutschen Führers, der trotz ungeheurer Schwierigkeiten in Ostafrika während des ganzen Krieges einen ritterlich kühnen Kampf geführt hat. Nachdem der Waffenstillstand unterzeichnet worden war, wurde eine amtliche Mitteilung der Unterzeichnung v. Lettow zugestellt, der damals in Rhodesien eingebrochen war, Kasama, einen wichtigen Ort in Nordost-Rhodesien, besetzt hatte und mit einem Teil seiner Kräfte in der Richtung nach Broken Hill am Belgischen Kongo marschierte. Lettow erhielt die Kunde des Waffenstillstands am 12. November und handelte sofort den Umständen gemäß. Der Rhodesian Herald beschreibt die Szene, da v. Lettow sich endlich dem General Edwards ergab, der als Vertreter des Generals van Deventer entsandt worden war. Er schreibt: „Es war bestimmt, daß die King's African Rifles am 24. in Abercorn einmarschieren sollten, und daß die gesamte deutsche Streitmacht in einzelnen Abteilungen am folgenden Tage eintreffen sollte. Eine Fahne war auf einem freien Platz gegenüber dem Regierungsgebäude aufgepflanzt, und am Mittag des 25. Novembers nahm General Edwards förmlich die Uebergabe-Erklärung Lettows und seiner Truppen entgegen. Lettow, dessen fesselnde Erscheinung einen guten Begriff von seiner wundervollen Persönlichkeit gibt, kam an die Spitze seiner Abteilung, die aus einigen Europäern bestand, dicht gefolgt von etwa 400 Askari mit ihren Maschinengewehren, Trägern und Weibern. Nachdem sich diese Truppen schnell in drei engeschlossene Linien formiert hatten, trat Lettow einige Schritte vor, grüßte die Fahne, holte sein Taschenbuch hervor und verlas daraus in deutscher Sprache die Erklärung der Uebergabe. Er wiederholte sie auf Englisch. General Edwards antwortete, indem er die Uebergabe im Namen S. M. des Königs Georg V. annahm. Lettow wurde den englischen Offizieren vorgestellt und stellte dann seine Offiziere vor, von denen Major Kraut und Leutnant Kempner und Spangenberg zu nennen sind. Der frühere Gouverneur Schnee war ebenfalls anwesend. Dann folgte der dramatische Augenblick des Vorgangs, indem Lettow seinen Truppen befahl, ihre Waffen niederzulegen, nur die Europäer durften in Anerkennung ihrer glänzenden Tapferkeit ihre Waffen behalten. Die Askari legten ihre Büchsen nieder und wurden dann truppweise in das Internierungslager geführt, das man in einer Meile Entfernung eingerichtet hatte. Die deutsche Streitmacht zählte insgesamt 155 Europäer, darunter 30 Offiziere, und 4277 Eingeborene. Starker Regen ging während eines Teils der Verhandlungen nieder, aber das störte keinen außer den Photographen. Es war ein höchst eindrucksvolles und denkwürdiges Schauspiel. Der lange, buntscheckige Zug, Europäer und Askari, alle Veteranen von hundert Kämpfen, die Askari mit jeder Art von Kopfputz, Frauen, die durch alle die jahrelangen Mühsale ihren Männern gefolgt waren, mit schweren Bündeln, einige mit Kindern, die sie während des Feldzugs geboren, Träger, die singend und in offenbarer Freude anlangten, daß nun die Strapazen zu Ende seien — alles vereinigte sich zu einem einzigartigen Bild. Es ist zu hoffen, daß internationale Kriege in Afrika nunmehr ein Ding der Vergangenheit sind, aber sollten sie jemals in Zukunft wieder entbrennen, so werden die Bedingungen ganz verschieden und wird eine so romantische Laufbahn, wie die von Lettow-Vorbeck und seiner Getreuen, unmöglich sein. Angeblich will dieser Soldat ein Buch über den Feldzug schreiben. Wenn er dies tut, wird er uns sicher eine interessante Lektüre bieten."

*

Verschärfung der Kohlenkrise.

Die Kohlenfrage hat, wie uns das Reichswirtschaftsamt mitteilt, in den letzten Tagen eine bedenkliche Verschärfung erfahren. Bisher waren noch größere Kohlenvorräte vorhanden und damit war die Möglichkeit gegeben, Kohlen in ziemlich ausreichenden Mengen zu verteilen. Das hat jetzt aufgehört, und die Verhältnisse sind besonders für die Großstädte gefährlich geworden, doch weniger dadurch, daß die Großstädte nicht beliefert werden könnten, als weil sie von nun an unter die allgemeine gesetzliche Verteilung gestellt werden müssen. Das Reichswirtschaftsamt ist, wie es selbst erklärt, gegenüber den Arbeitsverhältnissen machtlos, wenn die politischen Stellen nicht die nötige Energie zum Eingreifen aufbringen können. In den Beratungen, die gestern die Reichsregierung mit dem Reichskohlenkommissar und dem Minister der öffentlichen Arbeiten über die Kohlenfrage gepflegt hat, wurde vom Reichskohlenkommissar die Forderung auf unbedingte Erhöhung der schlesischen Kohlenförderung gestellt. Der Volksbeauftragte Ebert versprach mit allen Mitteln für eine Hebung der Förderung der schlesischen Kohlenreviere einzutreten. Vom Minister der öffentlichen Arbeiten forderte der Reichskohlenkommissar die Bereitstellung einer größeren Zahl von Wagen und Lokomotiven, damit aus dem Ruhrgebiet täglich mehrere Züge abgelassen werden könnten. Der Eisenbahnminister hat die Bereitstellung der geforderten Lokomotiven zugesagt. Die Nachricht, daß die Berliner Industrie schon demnächst von der elektrischen Kraft abgeschnitten würde, ist in der Form, in der sie verbreitet wurde, nicht zutreffend. Bindende Beschlüsse in dieser Richtung sind noch nicht gefaßt. Allerdings ziehen die Erwägungen der beteiligten Stellen die Stromabstellung in ihren Kreis. Sollte sie unabweislich sein, so würde die davon betroffene Berliner Industrie wenigstens 2—3 Tage vorher davon in Kenntnis gesetzt werden.

Nach einer Mitteilung des Reichskohlenkommissars beträgt die tägliche Kohlenförderung im Ruhrgebiet zwischen 9000 und 10000 Waggons gegen 34000 Waggons im Frieden und 24000 Waggons während des Krieges! Angefordert wurden zum Abtransport vorgestern 2100 Wagen, gestellt wurden nur 1000. In Oberschlesien beträgt die tägliche Förderung 2000 Waggons gegen 14000 im Frieden und 11000 im Krieg. Auch hier ist trotz der geringen Förderung die Wagenstellung nicht ausreichend.

Tagesereignisse.

— **(Die westdeutschen Handelskammern gegen jede Lostrennung.)** Die vereinigten westdeutschen Handelskammern erlassen folgende Erklärung: „Wir am 27. Januar 1919 in Hagen versammelten Vertreter der niederrheinisch-westfälischen und der südwestfälischen Handelskammer-Vereinigungen (umfassend die Handelskammern zu Essen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Münster i. W., Osnabrück, Wesel, Altena, Arnsberg, Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid und Siegen) entnehmen aus verschiedenen Nachrichten, daß von einzelnen Mitgliedern der Entente in den deutschen Gebieten links des Rheines für eine mehr oder minder selbständige Republik Westdeutschland gearbeitet wird. Wir halten es für geboten, solchen Absonderungsbestrebungen, von welcher Seite sie auch ausgehen mögen, schärfsten Widerspruch entgegenzusetzen. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, dessen Zusicherung eine Voraussetzung unserer Waffenstreckung bildete, muß in erster Linie seine nationale und wirtschaftliche Einheit sichern. Es wäre unwürdig, wenn irgend ein Teil des deutschen Volkes aus wirtschaftlichen, finanziellen oder anderen Gründen Kraft und Willen nicht in vollem Umfang in den Dienst dieses obersten Zieles stellte. Die Handelskammervereinigungen halten die Aufrechterhaltung und verstärkte Durchführung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen, der Verkehrs- und Rechtseinheit des gesamten untrennbaren deutschen Gebietes, unter Anschluß Deutsch-Oesterreichs, für eine der wichtigsten Aufgaben der bevorstehenden deutschen Nationalversammlung."

— **(Gegen das Eingreifen in die Bergwerksbetriebe.)** Die Vereinigung von Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks hat folgende Entschließung gefaßt: „Mit ernster Sorge und schweren Befürchtungen sehen die niederrheinisch-westfälischen und die südwestfälischen Handelskammer-Vereinigungen auf die Entwicklung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau. Entgegen den ausdrücklichen Verfügungen der letzten Regierung greift die sogenannte Sozialisierung der Bergwerke durch örtliche Organe immer weiter um sich. In steigendem Umfange wird die für Betrieb, Verwaltung und Sicherheit allein sachkundige Beamtenschaft an der verantwortlichen Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert und sogar mit Gewalt von den Betrieben ferngehalten. Durchaus ungeeignete Persönlichkeiten halten sich für befugt, die Verwaltung von Millionenwerten und die Verantwortung für die Sicherheit und das Leben von Tausenden von Bergleuten zu übernehmen. Sollen Katastrophen für die Bergwerke, für das Leben der Arbeiter und für die jetzt von dem ungestörten Betriebe des hiesigen Bergbaues mehr denn je abhängige deutsche Gesamtwirtschaft vermieden werden, so sind unverzüglich durchgreifende und wirksame Regierungsmaßnahmen erforderlich."

— **(Ueberflüssige Aufregung.)** Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von zuständiger Seite erfährt, ist die von der „Freiheit" gebrachte Nachricht, im Großen Hauptquartier habe im Beisein Hindenburgs in der Nacht vom 26. zum 27. Januar eine Kaisersgeburtstagsfeier stattgefunden, unrichtig. Es war nur das Ausscheiden dreier Offiziere aus der Obersten Heeresleitung in der dort üblichen Weise kameradschaftlich begangen. Bei den Abschiedsworten, die den Offizieren gewidmet wurden, ist der Geburtstag des Kaisers nicht einmal erwähnt worden. Damit entfallen auch alle seitens der „Freiheit" an die falsche Darstellung geknüpften Schlußfolgerungen.

— **(Die Räumung der Ukraine.)** Der Heimtransport der zur Heeresgruppe Kiew gehörenden Truppen macht gute Fortschritte. In Pinsk ist der letzte Truppentransport in Richtung Gomel eingetroffen. Daher wurde Pinsk am 26. Januar geräumt. In Polonnoje sind aus der Richtung Kiew nur noch 25 Transportzüge zu erwarten. Voraussichtlich wird daher am 1. Februar die Ukraine von den deutschen Truppen bis auf die in Nikolajew und Odessa abgeschnittenen geräumt sein. Sämtliche Truppen, die zu Fuß marschierten, haben die Linie Pinsk—Kowel in westlicher Richtung überschritten.

— **(Die Wahlen in Hessen.)** Das vollständige Ergebnis der Wahlen zur hessischen Landesversammlung ist folgendes: Sozialdemokraten 31 Sitze, Unabhängige 1 Sitz, Demokratische Partei 13, Zentrum 13, Deutsche Volkspartei 7, Hessische Volkspartei 5 Sitze.

Große und kleine
Schweine
zu haben bei 390
C. von der Heide.
Schlachthofstr. 44.

Für meine Buchbinderei nehme ich Ostern oder früher einen
Lehrling an.
C. H. Beßler,
Kamen. 417

Umgegend Kamen
Laden mit Wohnung
in guter Lage zum 1. April 1919 zu vermiten.
Schriftliche Angebote erbeten unter **W. J. 400** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Runkelsamen
Eckendorfer und Zuckerrübensamen eingetroffen
Rud. Köbling.

1 Paar neue
Militär-Schnürschuhe
zu verkaufen. 417
Zu erfr. in der Geschäftsst.

Bekanntmachung.

Alle in der Stadt Kamen noch vorhandenen **Kriegs- oder Zivilgefangener** mit Ausnahme der Russen sind **sofort** im Militärbüro im Rathaus (Eingang Kirchstraße) anzumelden.

Gefangene, die in Deutschland zu bleiben wünschen, sind ebenfalls anzumelden. Diese sind zu veranlassen, ihren Wunsch im hiesigen Militärbüro zu Protokoll zu geben.

Es ist streng verboten, Kriegs- oder Zivilgefangene gegen ihren Willen zurückzuhalten oder zu verbergen. 418

Kamen, den 28. Januar 1919.

Der Arbeiterrat: Strelinski.
Die Polizeiverwaltung. J. V.: Moenninghoff.

Deutsche demokrat. Partei
Kamen.
Donnerstag, d. 30. Jan., 8 Uhr abds.
Versammlung
beim Wirt W. Reinhard, Schützenhof.
Wichtige Beratung betreffend Stadtverordnetenwahl.
Sämtliche Mitglieder u. auch Parteifreunde werden dringend eingeladen.
415 **Der Vorstand.**

Neue und gebrauchte Pianos, Flügel, Harmoniums sind noch in großer Auswahl vorrätig. Freie Lieferung auch zu bequemen Bedingungen
Roth & Junius
Piano- u. Flügelfabrik
Hagen i. W.,
Bahnhofstrasse 29.
2. Fabrik Berlin S 42.
Gold. Ausstellungspreise Staatsmedaille. 22

Wer ein

Haus, Kotten, Grundstück, Bauplatz
und dergl. zu kaufen oder zu verkaufen sucht, wird es durch eine kleine Anzeige in der Kamener Zeitung erreichen.
Ausserordentlich zahlreich sind die Angebote, welche auf eine solche Anzeige stets eingehen.

Kraftfahrer
für Opel-Lastauto zu baldigem Eintritt gesucht. 404
Hermann Klein & Söhne, Kamen.

Besitzung
fast neu, mit zirka 20 Morgen Ackerland zu verkaufen. 413
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Kamener Zeitung.

Auszahlung der Kriegsunterstützung.

In Zukunft findet die Auszahlung der Kriegsunterstützung nur noch am 1. und 16. jeden Monats, oder, falls einer dieser Tage auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, am nächstfolgenden Werktage, von 8.30 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags an der Stadtkasse statt.

Die Unterstützungsempfänger werden dringend ersucht, an den betr. Zahltagen zu der angegebenen Zeit zur Empfangnahme der Unterstützungsgelder zu erscheinen. Die Mietszuschüsse werden am 1. jeden Monats gezahlt.

Kamen, den 27. Januar 1919.

Der Arbeiterrat: Seyke. Der Magistrat: Moenninghoff.

Lebensmittel-Verteilung im Amt Unna-Kamen.

In dieser Woche gelangen zur Ausgabe:
Auf Reichsfleischkarte:
200 Gr. Fleisch und Fleischwaren (Wurst),
außerdem die Zulagen für Schwerstarbeiter.
Auf Fettkarte: **65 Gr. Fett.**
Auf Lebensmittelkarte: **400 Gr. Marmelade.**

Unna, den 28. Januar 1919.
Der Amtmann: I. V.: Lehmhaus.

Bekanntmachung.

Wegen Verlegung des Meldeamts Hamm (Bezirkskommando Soest) von Königstraße 13 nach Louisenstraße 10 sind die Geschäftszimmer am **Freitag, den 31. Januar 1919, geschlossen.**

Vom 1. Februar 1919 ab sind die Geschäftszimmer im Hause Louisenstraße 10 (Berliner Hof), 1. Etage, Eingang durch den Hof, wieder geöffnet, und zwar nur Wochentags von 8½—12 Uhr vormittags. Nachmittags sind die Geschäftszimmer für das Publikum geschlossen. 411

Hamm, 28. Januar 1919.

Meldeamt Hamm
(Bezirkskommando Soest).

Beamten-Verein
für Kamen u. Umgegend.

Jahres-Haupt-Versammlung
Samstag, 1. Febr 1919, abends 8½ Uhr, bei Wirt W. Kümper, Bahnhofstraße.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Bericht über die Verbandstätigkeit und die Gründung des Beamtenbundes.
3. Kassenbericht und Kassenprüfung.
4. Neuwahl des Vorstandes.
5. Verschiedenes.

Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, wird um vollzähliges Erscheinen gebeten.
40 **Der Vorstand.**

Kriegerwitwe (4 Kinder) Anf. Dreißiger, sucht die Bekanntschaft eines gleichaltrigen Mannes zwecks späterer **Heirat.** Witwer mit Kindern nicht ausgeschlossen.
Angeb. unt. **B. 396** an die Geschst. erbeten.

Die
Freiwillige Feuerwehr
Süd-Kamen
veranstaltet am **Sonntag, den 2. Februar,** im Saale des Wirts Düfelshöft, einen 405
Unterhaltungsabend m. Ball.
Anfang 5 Uhr.
Herren 1 Mk. Damen 50 Pfg.
Der Vorstand.

Auf nach Ostenfeldmark!
Sonntag, den 2. Februar:

Großer Ball
403 beim Wirt
Wilh. Jackenkroll,
Hammerstr.
Anfang 5 Uhr.

Tanzschule Bergkamen.
Eröffne am **Mittwoch, den 5. Febr.** im Saale des Herrn **E. Stamm** und am **Donnerstag, den 6. Febr.** im Saale des Herrn **Hanmann** einen
Tanz- und Anstands-Kursus.
Unterrichtsstunden für Kinder von 4 bis 6 Uhr nachm., für Erwachsene von 8 bis 10 Uhr abends.
H. Ludmann, Tanzlehrer, Kamen.

Ia. rote Ringofensteine
sofort lieferbar durch 4
Weddinghofener Ringofenziegelei.
Anfragen wolle man richten an **Wilhelm Potthoff, Lünen,** Lunenhütte.

Kriegsanleihe
zu kaufen gesucht. 391
Angeb. mit Preis unt. **B.** an die Geschäftsstelle der Kamener Zeitung erbeten.

Bekanntmachung.

Verkauf von Ersatzlebensmitteln.

Wie nur mitgeteilt worden ist, werden von den Geschäften usw. noch fortgesetzt Ersatzlebensmittel festgehalten, die von der Ersatzmittelstelle nicht genehmigt sind. Ich habe bereits in meiner Bekanntmachung vom 22. September 1918 darauf hingewiesen, daß diese Ersatzlebensmittel nur bis zum 1. Oktober 1918 verkauft werden durften. Ich mache darauf aufmerksam, daß nunmehr bei Uebertretung der Bekanntmachung vom 22. September 1918 Strafantrag gestellt wird. 412

Zu den Ersatzlebensmitteln gehören: Fleischersatzmittel, Würste, Sülzen und Puddinge aus Ziegenfleisch, Kaninchenfleisch, Geflügelfleisch, Robbenfleisch, Fischen, Muscheln, Krustentieren, Fleischextraktersatzmittel, Würzen, Brühwürfel, Sülzewürfel, und -pulver, Tunkewürfel und -pulver, Suppen in trockner Form, Ei-Ersatzmittel, Butterpulver, Kunstspeisefett, Ersatzmittel zum Brotaufstrich, Milchpulver mit Zusätzen, Schlagsahneersatzmittel, Käseersatzmittel, Käsegeschmackmittel, Backpulver, Speisepulver, Puddingpulver, Vanillemehl-Ersatzmittel, Kunstschonig, Pulver, Extrakte und Essenzen zur Bereitung von Kunstschonig, Künstliche Marmeladen, Gelees, und Muse, Pulver, Extrakte und Essenzen zur Bereitung von Marmelade, Gelee oder Mus, Künstliches Fruchtaroma in Form von Pulver oder Essenz, Künstliche Fruchtsäfte, Künstliche Limonaden und zu ihrer Herstellung bestimmte Gemische (Sirupe u. ähnl.), Vanillinpulver, Sonstige Aromapulver, Gewürzersatzmittel, Gestreckte Gewürze, Gewürzwürfel, Sogenannte Nährsalze und mit solchen zubereitete Lebensmittel, Speiseölersatzmittel, Salatwürzen, Salattunken, Fertige Tunken, Kaffee-Ersatzmittel, Schokoladenersatzmittel, Extrakte, Essenzen, Würfel und Pulver zur Bereitung von Ersatzgetränken aller Art, auch von alkoholfreiem Punsch und Grog, Bierersatzmittel, Likörersatzmittel, Alkoholfreie Liköre, Rum-, Arrak-, und Kognakersatzmittel, Alkoholfreier Punsch und Grog, Obstmostersatzmittel, (Kunstmostensatz), Gestreckte Konservierungsmittel für Lebensmittel.

Hamm (Westf.), den 28. Januar 1919.

Der Landrat: Schulze-Vellum